Nr. 124 2. Ausgabe

Donnerstag, 13. Mai 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13526, 13638, 13697, 17109. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise:
Grundzeile 30 mm breit, M. 1.80, für das Ausland M. 10.—, Reklamezeile 81 mm breit, M. 5.—, mit Platzvorschrift M. 6.—, für das Ausland M. 20.—. Bei Listen- oder Rauhsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise:
Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 4.50, vierteljährlich M. 12.75. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25, ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.60, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Arbeiterschaft und Reichstagswahlen

Von Gustav Hartmann, Mitglied der Nationalversammlung

Noch niemals hat das deutsche Volk bei den Wahlen zu öffentlichen Körperschaften eine so große Verantwortung zu tragen gehabt, wie das bei den kommenden Reichstagswahlen der Fall sein wird. Von dem Ergebnis dieser Wahlen hängt das Geschick unsres Landes und unsres Volkes ab. Die Parteien, die ihrer Mandatszahl nach die stärkeren sein werden, sind infolge des nun bestehenden parlamentarischen Systems dazu berufen, einen entscheidenden Einfluß auf die Bildung der Regierung auszuüben, und sie werden von dieser Befugnis auch entsprechenden Gebrauch machen. Das deutsche Volk hat es nunmehr durch die Abgabe der Stimmzettel am 6. Juni in der Hand, seine Meinung zum Ausdruck zu bringen, welche Parteien an der Regierungsbildung beteiligt sein sollen. Der Stimmzettel ist der Wegweiser dazu, aus welchen Parteigruppierungen die zukünftigen Minister hervorgehen werden.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die deutsche Arbeiterschaft, ihrem Stärkeverhältnis entsprechend, dabei ein gewichtiges Wort mitzureden hat. Sie ist unter den neuerstandenen Verhältnissen zu einem Machtfaktor geworden, der sich durch nichts hinwegreden und hinwegschreiben läßt, und alle Anzeichen deuten darauf hin, daß nun der Kampf um die Stimme des Arbeiters in besonders kräftiger Art auch von den Parteirichtungen geführt werden wird, die vor der großen Umwälzung eine Gleichberechtigung der Arbeiter nicht anerkennen wollten, die sich früher bemühten, die bestehenden Machtverhältnisse privilegierter Klassen aufrechtzuerhalten und jeder Änderung dieser Zustände im Sinne eines zeitgemäßen Fortschritts abhold waren. Nach dem großen Reinemachen, das noch in der Entwicklung begriffen ist, hat das Volk zum ersten Male entschieden, wie es regiert zu sein wünscht, als es die Wahlen zur Nationalversammlung vollzog. Keine Partei erhielt die absolute Mehrheit, und auch die beiden sozialdemokratischen Parteien blieben miteinander gegenüber den andern Gruppen in der Nationalversammlung in der Minderheit. Die Folge davon war, daß Sozialdemokratie, Zentrum und Deutsche Demokratische Partei gemeinsam an der Regierung teilnahmen und die Koalition bildeten, die es überhaupt erst ermöglichte, an den Wiederaufbau heranzugehen. Man mag über die Erfolge dieser Politik denken wie man will, das eine steht zweifellos fest, daß es ohne eine solche Koalition nicht möglich gewesen wäre, mit Aussicht auf Erfolg das Aufräumen des großen Trümmerhaufens, den uns der unglückliche Krieg hinterlassen hat, zu beginnen. Die Parteien, die sich restlos auf den Boden der neuen Tatsachen gestellt haben, mußten miteinander arbeiten, um zu retten, was überhaupt zu retten möglich war; ein andrer Weg war nicht gegeben.

Die kommenden Reichstagswahlen werden darüber entscheiden, ob es bei dieser Koalition bleiben soll oder nicht. Diese Entscheidung liegt auch ganz wesentlich in der Hand der Arbeiterschaft, die durch ihre große Zahl eine hohe Bedeutung für die kommenden Dinge besitzt. Jetzt darf es aber nicht mehr darauf ankommen, daß diese Arbeiterschaft negative Kritik treibt, wozu sie unter dem alten System vielfach gezwungen war, sondern nun trägt sie in besonderem Maße mit an der Verantwortung, die dem ganzen Volk auferlegt ist. Dieser Verantwortung muß sie sich bewußt sein, und es hat gar keinen Sinn, aus Prinzip oder aus sonstigen Gründen überradikalen Phantomen nachzulaufen, die uns von der Wirklichkeit entfernen und unsre Lage nur verschlechtern hat, bessern würden. Die Zerrissenheit in der Arbeiterschaft, die nun recht kraß in die Erscheinung tritt, nachdem wir es unglücklicherweise bereits auf vier Arbeiterparteien gebracht haben, bietet keine Gewähr dafür, daß von dieser Seite aus in Zukunft eine einheitliche Richtung eingeschlagen werden kann, selbst wenn diese Parteien nach den Wahlen die Mehrheit der Mandate besitzen sollten. Sie könnten ihrer Einseitigkeit wegen keine tragfähige Regierung aus sich heraus bilden, dazu bedarf es der freudigen Mitarbeit der bürgerlichen Parteien, die sich offen und frei auf den Boden der Verfassung von Weimar stellen.

Aber ebensowenig ist daran zu denken, daß die Rechtsparteien imstande sein würden, zu regieren, weil sie keine Garantie für die Aufrechterhaltung der Verfassung bieten, und die breiten Massen des Volkes sich einer solchen Regierung widersetzen würden. Wir werden deshalb auch in der kommenden Zeit ohne eine Koalitionsregierung im Sinne der heutigen Mehrheit kaum auskommen können, und deshalb erscheint die Mahnung an die Arbeiterschaft wichtig genug, daß auch sie dafür Sorge tragen muß, durch Abgabe der Stimmzettel eine Mehrheit zu schaffen, die das Regieren überhaupt ermöglicht, das Regieren auf streng verfassungsmäßiger, demokratischer Grundlage. Nur wenn Arbeiter und Bürger sich zusammenfinden, wird es möglich sein, die neue Regierung so zu gestalten, daß sie leistungsfähig ist und die ruhige Entwicklung als Voraussetzung des Wiederaufbaues gewährleisten kann. Ebensowenig wie eine reine Arbeiterregierung brauchbar erscheint, ebensowenig kann eine Regierung der Rechten für sich allein Deutschland zur Gesundung verhelfen. Alle die Kräfte, die es mit der Durchführung der Verfassung ehrlich und aufrichtig meinen, müssen zusammen bemüht sein, den nun einmal im Sumpf liegenden Karren wieder in Fahrt zu bringen. Die deutsche Arbeiterschaft nützt sich selbst am besten, wenn sie mit der festen Absicht an die Wahlurne herantritt, für die Stärkung der Koalition zu wirken.

Die Brigade Döberitz

+ **Berlin**, 12. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Bildung der Brigade Döberitz wird uns von zuständiger Stelle mitgeteilt. Die Ereignisse der letzten Zeit haben gezeigt, daß der Reichswehrminister in der Lage sein muß, jederzeit über einen geschlossenen Truppenverband zu verfügen, der einen hohen Grad von Verwendungsbereitschaft besitzt. Um das Wehrkreiskommando durch die Abgabe hoher Formationen nicht zu schwächen, wird ein besonderer Reichswehrverband in Stärke von etwa 5000 Mann in Berlin zusammengezogen. Die Brigade, die dem General Reinhardt, dem früheren Chef der Heeresverwaltung, unterstellt, besteht aus zwei Infanterieregimentern, einem schwachen Artillerieregiment sowie den erforderlichen Hilfstruppen. Werbungen für die Brigade finden nicht statt. In der Brigade werden Truppenteile aller Länder vertreten sein, deren Wettstreit auf die Leistungen befruchtend einwirken soll und anderseits zur Stärkung des Einheitsgedankens in der Reichswehr beitragen wird.

Keine Herabsetzung der Kohlenpreise

× **Berlin**, 12. Mai. Der Reichskohlenrat hat in seiner heutigen Tagung einstimmig eine Entschließung gefaßt, in der es heißt: Im Interesse der Gesundung unsrer Wirtschaft muß die Kohlenförderung als Grundlage unsrer Gütererzeugung aufs äußerste gesteigert werden. Und infolgedessen dürfen dem Bergbau die Mittel nicht versagt werden, deren er bedarf, um Stockungen in der Förderung zu vermeiden und die Produktion noch Kräften zu heben. Aus demselben Grunde kann auch, solange die preisbildenden Faktoren sich nicht verändern, eine Herabsetzung der Kohlenpreise nicht erfolgen. Vielmehr müssen alle Maßnahmen darauf gerichtet sein, die Kohlenförderung zu heben, um so von der Kohle aus durch vermehrte Gütererzeugung unsrer Industrie und unsrer Landwirtschaft den Abbau des allgemeinen Preisniveaus und damit auch der Kohlenpreise einzuleiten und durchzusetzen.

*

+ **Berlin**, 12. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Der Reichskohlenrat setzte heute seine Beratungen fort. Aus den Kreisen der Teilnehmer wurde geschildert, wie in der letzten Zeit eine Kohlenpreiserhöhung die andre jagte. Es wurde behauptet, daß die Preiserhöhung stets die eingehendste Vor- und Nachprüfung der Behörden gefunden hätte. Demgegenüber betonte der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, die Auffassung, daß das Ministerium die Preise für angemessen halte, eben weil es keinen Einspruch dagegen erhob, sei unzutreffend. Das Reichswirtschaftsministerium sei mit einer so kurzen Frist vor die Preiserhöhungsanträge gestellt worden, daß eine vollkommene Nachprüfung nicht ermöglicht werden konnte. Das Ministerium habe die Preise für viel zu hoch gehalten und halte sie auch heute noch für zu hoch. Der Umstand, daß kein Einspruch gegen die Anträge erhoben wurde, liege vor allem in der Unzweckmäßigkeit der Organisation, die das Ministerium jetzt veranlasse, eine Neuordnung der Organisation zu fordern. Vor allem sei es die Sorge gewesen, daß eine Stockung der Kohlenwirtschaft eintreten könnte, was die Regierung veranlaßte, die Preiserhöhungsanträge zu genehmigen. Hieran schloß sich eine längere Erörterung, in der behauptet wurde, daß das Ministerium die Verantwortung übernehmen müsse für Preiserhöhungen, die es nicht verhindert habe. Auch der Antrag eines Mitgliedes, wonach künftighin auch der große Ausschuß des Reichskohlenrats Organ des Reichskohlenverbandes sein soll, wurde angenommen. Der Entwurf des Gesetzes über die Abänderungen in der Regelung der Kohlenwirtschaft gelangte sodann zur Vorlage. Hervorzuheben ist daraus u. a. die Aufhebung des Reichskohlenverbands, ferner eine Bestimmung, wonach der Reichskohlenrat durch ein aus fünf Mitgliedern bestehendes Reichskohlendirektorium als geschäftsführenden Ausschuß ergänzt werden soll. Der Vorsitzende dieses Direktoriums wird vom Reichswirtschaftsminister, die übrigen vier Mitglieder vom Reichskohlenrat gewählt.

Reichsminister Köster über den Schutz der Minderheiten

× **Kristiania**, 12. Mai. „Morgenbladet" veröffentlicht eine Unterredung seines Berliner Berichterstatters mit dem Reichsminister Dr. Köster über die Frage des Schutzes der nationalen Minderheiten, in der der Minister erklärte: Die preußische Regierung hat bereits beschlossen, alle für Nordschleswig geltenden Gesetze und Verordnungen, die in Dänemark als gegen die Dänen gerichtet betrachtet werden, aufzuheben. Auch der Artikel 113 der Reichsverfassung hat bereits grundsätzliche Sicherheiten im weitesten Umfange geschaffen. Dies bleibt immerhin eine einseitige Staatsmaßnahme. Wir wünschen aber im Interesse einer dauernden Befriedigung der gemischten Grenzgebiete einen gegenseitigen Vertrag, in dem die beste Bürgschaft für dauernde Ruhe und Frieden in den Grenzmarken liegt. Dieser Minderheitsschutz soll sich besonders auf alle kulturellen Gebiete erstrecken. Das Recht des freien Gebrauchs der dänischen Sprache soll allen dänischen Minderheiten, im privaten wie im öffentlichen Leben, sichergestellt werden. Vor allem sollen aber die politischen Minderheiten bei uns das Recht erhalten, ihr Schul- und Kulturwesen selbständig zu ordnen und die hierfür erforderlichen Kräfte zu berufen. Alsdann werden die nationalen Minderheiten in Deutschland ein dauernd ruhiges und zufriedenes Leben in gesicherter Pflege ihrer kulturellen Eigenarten führen können, und wir hoffen, daß das gleiche auch den deutschen Minderheiten im Auslande zuteil werden mag.

*

Die Umstellung in Nordschleswig

Kopenhagen, 12. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Die Einführung der Kronenwährung in der ersten Zone zieht sich aus technischen Gründen in die Länge, ebenso läßt die Errichtung der geplanten Betriebssparkasse auf große Schwierigkeiten. Der Aufforderung der Nordschleswigschen Bank an die Sparkassen und dänischen Kapitalisten, Einzahlungen zu leisten, um dadurch der Not der nordschleswigschen Bevölkerung zu steuern, ist nicht in ausgiebigem Maße entsprochen worden.

*

Schadenersatzforderungen der Dänen

+ **Hamburg**, 12. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Dem „Hamburger Fremdenblatt" wird aus Kopenhagen gemeldet: Die Frist für die Anmeldung dänischer Forderungen auf deutsche Schiffe, die von der Entente beschlagnahmt sind, und die gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages zwischen den Ländern verteilt werden sollen, läuft am Sonnabend ab. Von den dänischen Reedereien sind Schadenersatzansprüche in Höhe von 100 000 Tonnen eingelaufen.

Ein Reichsamt für Arbeitsvermittlung

* **Berlin**, 12. Mai. Ein Reichsamt für Arbeitsvermittlung ist jetzt unter Aufsicht des Reichsarbeitsministers errichtet worden. Das neue Amt soll den Arbeitsmarkt beobachten und die Vermittlung einheitlich regeln.

Scialoja für beschleunigte Hilfe

Wien, 12. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der deutsche Korrespondent der „Wiener Mittagspost" hatte eine Unterredung mit dem italienischen Minister des Äußeren, Scialoja, der folgendes ausführte:

Daß Europa sich inmitten einer außerordentlich schweren Krise befindet, wurde schon so viel erwähnt, daß ich es nicht zu wiederholen brauche und auch über die wirtschaftliche Notlage fiel schon des öfteren ein Wort. Deutschland und Österreich und auch Ungarn müssen wirtschaftlich gestärkt werden und ihr Wiederaufbau mit Krediten und Rohstoffbelieferungen ermöglicht werden. Aber nicht nur das. Meiner Ansicht nach muß diese Hilfe auch beschleunigt werden. Die wirtschaftliche Organisation ist ein Ganzes, und wenn auch nur ein Teil dieser Organisation so schwer darniederliegt wie in Europa, so geht sehr bald der ganze Organismus zugrunde. Die Konferenz in San Remo, die Konferenz in Spa und noch vielmehr die Brüsseler Völkerbundkonferenz werden dazu beitragen, wichtige Beschlüsse über die Methoden des Wiederaufbaues zu fassen. Schon an und für sich die Tatsache, daß die von Deutschland zu zahlende Summe der Kriegsentschädigung festgestellt wird, bildet einen wichtigen Markstein auf dem Wege der Hilfe, die im Interesse von ganz Europa geschieht. Die Konferenz in Spa wird meines Wissens einzig und allein zur Lösung der deutschen Fragen dienen. Natürlich müssen die Bestimmungen des Versailler Vertrages durchgeführt werden und Deutschland muß die Bestimmungen einhalten. Die Spaer Konferenz aber wird die Methoden zu überprüfen haben, die geeignet sind, die Durchführung der Bestimmungen in finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht zu ermöglichen. Italien selbst ist bereit, das weitgehendste Entgegenkommen zu beweisen und ich glaube, daß, wenn Deutschland guten Willen zeigt, auch von unsern Alliierten die weitgehendste Zuvorkommenheit zu erwarten sein wird.

*

Nur Sanktion vorgefaßter Beschlüsse

Paris, 12. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Wie der „Matin" und das „Echo de Paris" übereinstimmend berichten, werden die verbündeten Staatsmänner nach der Konferenz in Spa, an der die deutschen Vertreter teilnehmen, zu einer zweiten Beratung zusammentreten, deren Gegenstand nochmals die russische Frage bilden wird. Das „Echo de Paris" versichert, daß auf der Konferenz in Spa lediglich die in Folkestone von Millerand und Lloyd George gefaßten Beschlüsse ihre Sanktion erhalten würden. Den deutschen Vertretern soll nur gestattet werden, anzugeben, wie sie sich die Abtragung der Entschädigungssumme denken. Es würde den Deutschen bei den finanziellen Besprechungen auf keinen Fall Gelegenheit gegeben werden, die Diskussion auf das politische Gebiet zu lenken.

+ **Berlin**, 12. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Einige Blätter melden, Geheimrat Göppert habe dem Generalsekretär der Friedenskonferenz in Paris eine Note überreicht, in der von einer definitiven Fixierung der von Deutschland zu leistenden Schadenersatzsumme die Rede sei. Dementgegen können wir auf Grund von Informationen an zuständiger Stelle nur nochmals konstatieren, daß die Klärung sowohl dieser als auch aller andern schwebenden hochpolitischen Fragen erst auf der Konferenz in Spa erfolgen wird. Hierauf bezügliches Material ist von der deutschen Regierung dem Obersten Rat übermittelt worden. Es müssen also alle Zahlen, die in diesem Zusammenhang genannt werden, vorläufig als Kombinationen bezeichnet werden.

*

Noch kein Beschluß über den Konferenztermin

× **Paris**, 12. Mai. In amtlichen französischen Kreisen weiß man noch nicht, ob die Konferenz in Spa vertagt wird. Wahrscheinlich werden die verbündeten Delegierten vor der Zusammenkunft in Spa ein gemeinsames Vorgehen vereinbaren.

Zur Rücktrittserklärung Nittis

Basel, 12. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Wie bereits gemeldet wurde, hat Nitti die Demission des Kabinetts angeboten wegen eines Mißtrauensvotums, das ihm gestern in der Kammer bei einer Interpellation der Sozialdemokraten über den Streik der Postbeamtenschaft erteilt wurde. Der Rücktritt des Ministeriums, der heute offiziell erklärt werden wird, ist eine Folge des von der Katholischen Volkspartei auf ihrem Parteitage angekündigten Feldzuges gegen die Regierung Nitti. Nach Eindringung der sozialistischen Interpellation äußerte Nitti, daß er über diese Frage das Vertrauensvoten des Hauses einholen würde. Vor der namentlichen Abstimmung gab der Führer der Katholischen Volkspartei die Erklärung ab, daß seine Fraktion geschlossen mit den Sozialdemokraten der Regierung das Mißtrauen aussprechen würde. Die Abstimmung ergab eine Minderheit für die Regierung. 112 Stimmen waren für Nitti und 195 gegen ihn. Darauf teilte der Präsident der Kammer mit, daß die Regierung in der heutigen Sitzung ihren Rücktritt ankündigen werde.

× **Mailand**, 12. Mai. Aus Äußerungen der Blätter über die Ministerkrisis ist folgendes zu entnehmen: Das Kabinett ist nicht einer Frage der inneren und äußeren Politik, sondern lediglich einer Frage der parlamentarischen Geschäftsordnung zum Opfer gefallen. Die Kammer zählt 508 Abgeordnete. Davon waren während der Abstimmung 309 zugegen, von denen sich vier der Stimme enthielten. Das Mißtrauensvotum war nur möglich dadurch, daß die Katholische Volkspartei sich mit den Sozialisten solidarisch erklärte.

*

Frankreichs Erwartungen

Paris, 9. Mai. (Indirekt.) Mit unverhohlener Genugtuung bespricht man in der französischen Regierungspresse die Aussicht auf ein baldiges Ausscheiden Nittis. Die nationalistischen Pariser Zeitungen erwarten eine „Wendung" in der italienischen Ententepolitik und lassen sich allerlei subtile Meldungen aus Rom geben, in denen gesagt wird, daß Nittis Richtlinien auf das „die französische Republik bewundernde intellektuelle Rom" einen geradezu niederschmetternden Eindruck gemacht hätten. San Remo werde, wie die „Libre Parole" meint, keine „Folgen haben" und nicht wiederkehren. Die klerikale Presse Frankreichs läßt die Möglichkeit zu, daß die katholische Partei Italiens für eine „innige franko-italienische Annäherung" sorgen werde. Die Freimaurer, die bisher für das gute Einvernehmen sorgten, wären nun nicht mehr in der Lage, die „Beziehungen zwischen Frankreich und Italien zu fördern". Es wird erwartet, daß die Wiederherstellung der Beziehungen Frankreichs zum Vatikan sehr günstig auf die „neue Richtung" einwirken werde.

Die neue Hochschule für Leibesübungen

Von Carl Diem, Generalsekretär des Reichsausschusses für Leibesübungen

Am 15. Mai wird in Berlin die Hochschule für Leibesübungen eröffnet werden. Es wird unsern Lesern willkommen sein, über Form und Ziel dieser wichtigen volksbildnerischen Anstalt aus berufenster Feder unterrichtet zu werden. D. Red.

Für die Turn- und Sportvereine in Deutschland fiel von den Kriegsfolgen am meisten der Verlust ihrer Vorturner ins Gewicht. Gerade diejenigen, die die magnetischen Kristallisationspunkte im Vereinsbetriebe bildeten, die als sportliche oder turnerische Übungsleiter ihre Turnfreunde um sich versammelten und bei der Fahne hielten, waren, wie dies in der Natur der Sache lag, als körperlich und moralisch Bevorzugte in vorderster Linie an den Feind gegangen, und unter diesen Hochwertigen fielen dann auch die meisten Opfer. Der Krieg war eben nun einmal eine negative Auslese. Mit ihnen sank ins Grab, was sie an Eifer und Liebe zur Sache gehabt hatten, doch Eifer und Liebe zur Sache wächst wieder heran. Mit ihnen ging aber auch ihr ganzer Reichtum an technischem Können und theoretischem Wissen verloren. Die so sorgsam gepflegte Übungstradition riß ab. Dies gerade in einer Zeit gestaltenden Lebens unsrer Turnsache. Vor dem Krieg setzte in großem der sportliche Einfluß auf das Turnen und der turnerische Einfluß auf den Sport ein. Das Turnen wettete sich wieder zum allgemeinen Begriff der Leibesübung, wie ihn Jahn einst unter seiner Sprachschöpfung verstanden wissen wollte, und nahm außerdem noch die neuen methodischen Grundsätze des Sports in sich auf. Aber auch in sportlichen Kreisen kehrte man zu den Grundsätzen allgemeiner Durchbildung wieder zurück, die man seinerzeit verlassen hatte, als diese allgemeine Durchbildung als Haupt- und Endzweck verkündet worden war.

Der Deutsche Reichsausschuß für Leibesübungen erkannte noch während des Krieges die unbedingte Notwendigkeit, sofort für den Ersatz der gefallenen Übungsleiter zu sorgen. Mit Abschluß des Krieges verstärkte sich das Bedürfnis dadurch, daß ganz unerwartet zahlreich die Jugend, von einem inneren Drange geführt, sich den Turn- und Sportvereinen anschloß. Mit den gesundheitlichen Verheerungen, die der Krieg in unserm Volke angerichtet hatte, mit dem Fortfall der Turnzucht bei den letzten Schuljahrgängen und mit der Aufhebung der Militärdienstpflicht, dieser bis dahin wichtigsten Gesundheitsquelle des Volkes, wuchs die Bedeutung der freien Vereinstätigkeit zu einer Staatsnotwendigkeit. Vermehrung des Schulturnens und Verallgemeinerung von Turnen und Sport unter der schulentlassenen Bevölkerung beiderlei Geschlechts bis ins Alter wurde zur Losung. Da half nur ein großzügiges Werk. Aus eigener Tatkraft, getragen von dem Feuereifer der ihm angeschlossenen deutschen Turn- und Sportverbände, schuf sich der Reichsausschuß eine Lehrerbildungsanstalt für den freien Vereinsturn- und Sportbetrieb unter dem Namen „Deutsche Hochschule für Leibesübungen" in Berlin. Ihre Lehr- und Forschungsarbeit erstreckt sich über das ganze Reich. Damit geht ein Wunsch in Erfüllung, der unter den Freunden der Sache seit den Zeiten der alten Turnväter ununterbrochen gehegt worden ist.

Das Berliner Zentralinstitut hat sein Heim im Deutschen Stadion gefunden, woselbst Übungsgelegenheit für die meisten Sportzweige, Hörsäle, Bibliothek, Leseraum, Archiv, wissenschaftliche Laboratorien und Wohnräume für die Studenten zur Verfügung stehen. Im übrigen hat die Berliner Universität ihre Institute bereitwilligst dieser jüngsten Schwesteranstalt angeboten und die Stadt Berlin hat für die Winterübung den in einen großen Turnsaal umgewandelten ehemaligen Königlichen Marstall in Aussicht gestellt.

Als Lehrer wirken zunächst die besten Turn- und Sportpraktiker der einzelnen Verbände; Namen wie Walther, Schelenz, v. Donop, Keßler, Luber, Mang, Kobs, Matull, Lamprecht, Schöne, Borrmann usw. bürgen für bestmögliche Ausbildung in den technischen Turn- und Sportkünsten. In den wissenschaftlichen Unterricht teilen sich die Berliner Universitäts-Professoren, wie Blei, Albu, Du Bois-Reymond, Kopsch, Gocht, Dönitz, mit namhaften Führern der Turn- und Sportbewegung wie Mallwitz, Brustmann, Kopitsch, Wiedemann. Auch auswärtige Lehrer, wie Professor Rießer, Dr. Stühmer, Dr. Wagner, Direktor Groh, Hacker und andere werden in Gastvorlesungen tätig sein.

Der Wissensstoff ist in vier Abteilungen gegliedert: Übungslehre, Leiter: Walther, Gesundheitslehre, Leiter: Mallwitz; Erziehungslehre, Leiter: Kunath; Verwaltungslehre, Leiter: Diem. Erster Rektor der Hochschule ist der Berliner Universitätsdirektor Prof. Dr. Bier. Das Studium ist auf vier Semester berechnet und wird mit einem Diplom-Examen abgeschlossen. Vorbedingung für das Studium ist Universitätsreife, für pädagogisch begabte Turn- oder Sportleute sind Ausnahmebedingungen geschaffen.

Neben dem zweijährigen Vollstudium führt die Hochschule eine Reihe von kurzfristigen Fortbildungskursen durch. Einmal einen solchen für die Studierenden der Berliner Hochschulen, einen zweiten für Mitglieder von Berliner Turn- und Sportvereinen, dann zehn Kurse für Mitglieder auswärtiger Vereine, die nach bestimmten Gesichtspunkten in Berlin zusammengezogen werden, so einen Kursus für Fußballspieler, einen für Boxsportler, einen für

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-1920051302/1